

<https://www.ostsee-zeitung.de/Nachrichten/Politik/Unionspolitiker-fuer-Ende-der-Doppelverbeitragung>

[Politik](#)

Betriebliche Altersvorsorge

05:06 07.07.2018

Betriebliche Altersvorsorge Unionspolitiker für Ende der Doppelverbeitragung

Die bisherige Doppelverbeitragung bei der betrieblichen Altersvorsorge soll noch in dieser Legislatur fallen. Das fordern Emmi Zeulner, CSU-Sozialpolitikerin im Bundestag, und Carsten Linnemann, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, im Gespräch mit den Zeitungen des **RND**.



Der CDU-Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann (CDU). Quelle: dpa

Berlin

Mit gleichlautenden Anträgen für die nächsten Parteitage von CDU und CSU soll per Basisbeschluss die Regierung zum Handeln gebracht werden. „Die Altersvorsorge befindet sich insgesamt in einer Vertrauenskrise, und die betriebliche Altersvorsorge leidet aufgrund teilweise mehrfacher Beitragsbelastungen zunehmend unter einem Akzeptanzproblem“, kritisieren beide Politiker.

Linnemann und Zeulner haben für die nächsten Parteitage von CDU und CSU noch in diesem Jahr wortgleiche Anträge ausgearbeitet. Darin heißt es: „Um die betriebliche Altersvorsorge zu stärken sollen danach CDU und CSU beschließen: Auf Betriebsrenten wird zukünftig nur noch der halbe Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung (Arbeitnehmeranteil) gezahlt. Die bisherige Freigrenze für beitragspflichtige Einnahmen versicherungspflichtig Beschäftigter wird in einen Freibetrag umgewandelt.“

Betroffen sind mehr als sechs Millionen Bürger. Es geht um ein Entlastungsprogramm in Höhe von mindestens 2,6 Milliarden Euro. Eine Nebenverabredung bei der von Rot-Grün zu verantwortenden Rentenreform aus dem Jahr 2003 führte zur doppelten Beitragszahlung in der Anspar- und in der Auszahlungsphase bei der betrieblichen Altersvorsorge.

Noch bei den Verhandlungen zur Großen Koalition war die SPD mit einem Vorstoß zur Beendigung der doppelten Verbeitragung am Widerstand der offiziellen Unionsführung gescheitert. Jetzt droht die Parteibasis mit einem Aufstand. Die SPD zeigt sich zufrieden.

Von RND

Unions-Politiker fordern Milliardenentlastung bei Betriebsrenten

Mittelstandsvereinigung und Sozialpolitiker von CDU und CSU wollen auf den nächsten Parteitagen eine Kurskorrektur erzwingen



„Wir wollen den Betriebsrenten einen Schub geben“; Carsten Linemann, CDU. FOTO: BPA

Von Dieter Wanka
Berlin. Für Millionen Rentner ist es ein großes Ärgernis: Wenn sie eine Betriebsrente beziehen, müssen sie auf das Geld den vollen Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung bezahlen – also dem Arbeitnehmeranteil und den Arbeitgeberanteil. Hinzu kommt, dass die Betriebsrente vom Gehalt angespart wird, auf das ja ebenfalls Sozialbeiträge gezahlt werden – man spricht dabei von einer „Doppelverbeitragung“. Diese Ungerechtigkeit sollte noch in dieser Legislaturperiode abgeschafft werden, fordern die CSU-Sozialpolitikerin Emmi Zaulner und Carsten Linemann, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU.

Betroffen sind über sechs Millionen Bürger, die zusammen um 2 bis 3 Milliarden Euro entlastet werden könnten.
Die 2003 von SPD und Grünen im Zuge einer Rentenreform eingeführte doppelte Beitragszahlung in der Anspar- und in der Auszahlungsphase der betrieblichen Altersvorsorge wird seit Jahren kritisiert. Bei den Verhandlungen zur Großen Koalition war die SPD jedoch mit einem Vorschlag gescheitert, ihre eigene Forderung zu korrigieren – die Unionführung stellte sich quer. Doch jetzt droht die Parteiliste mit einem Aufstand.
„Die Altersvorsorge befindet sich insgesamt in einer Vertrauenskrise, und die betriebliche Altersvorsorge leidet aufgrund teilweise mehrfacher

Beitragsbelastungen zunehmend unter einem Akzeptanzproblem“, kritisiert Linemann und Zaulner gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).
Die Unionspolitiker haben für die nächsten Parteitage von CDU und CSU in diesem Jahr wortreiche Anträge ausgearbeitet. Darin heißt es: „Um die betriebliche Altersvorsorge zu stärken, sollen Jansch CDU und CSU beschließen: Auf Betriebsrenten wird zukünftig nur noch der halbe Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung (Arbeitnehmeranteil) gezahlt. Die bisherige Freigrenze für beitragspflichtigen Einnahmen versicherungspflichtig Beschäftigter wird in einen Freibetrag umgewandelt.“
Die Freigrenze, ab der Sozialbeiträge fällig werden, liegt derzeit bei

152,25 Euro – ist die Betriebsrente höher, müssen Beiträge auf die gesamte Rente gezahlt werden. Bei einem Freibetrag werden die Beiträge nur auf die Summe gezahlt, die den Freibetrag überschreitet.
Linemann und seine Mitstreiter setzen darauf, die Bundesregierung über den Druck auf Parteitagen zu forscherem Handeln zu zwingen. „Die niedrigen Zinsen der Europäischen Zentralbank haben unsere Altersvorsorge in den letzten Jahren ausgetrennt. Wir wollen den Betriebsrenten einen Schub geben, indem wir die Abzüge im Alter senken“, sagt Linemann. Und die CSU-Bundestagsabgeordnete Zaulner ergänzt: „Es geht darum, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.“



„Es geht darum, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen“; Emmi Zaulner, CSU. FOTO: BPA

Hannoversche Allgemeine Ztg. Samstag 7.7.2018